

24.06.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Sonntagsreden reichen nicht:

Die Verkehrswacht braucht eine angemessene Ausfinanzierung durch die Landesregierung!

I. Ausgangslage

Die Regelungen des Landes zur Vermeidung der Ausbreitung der Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen haben die meisten Aktivitäten und Veranstaltungen der Verkehrswacht in den letzten Monaten unmöglich gemacht. Auch wenn diese für die Stärkung der Verkehrssicherheit unverzichtbare Arbeit hauptsächlich ehrenamtlich getragen wird, braucht es finanzielle Mittel, um Sach- und Personalkosten tragen zu können.

Diese Mittel wurden in der Vergangenheit im Rahmen von Veranstaltungen, insbesondere Großveranstaltungen, erwirtschaftet oder durch Sponsoren und Spenden realisiert. Die vergangenen Monate haben daher zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Verkehrswacht geführt, weil Einnahmen fehlen und auch in den nächsten Monaten in der bislang gewohnten Höhe nicht zu erwarten sind.

Die wirtschaftliche Existenz der 64 Verkehrswachten in Nordrhein-Westfalen ist akut gefährdet. Sie können ihre Aufgaben der Verkehrsunfallprävention zur Unterstützung der Polizei, der Kommunen, der Schulen usw. kurz- bis mittelfristig nicht mehr erfüllen.

Da Verkehrswachten keine Unternehmen sind, scheiden staatliche Soforthilfen aus. Auch kreditierte Hilfen können für die ehrenamtlich getragene Arbeit der Verkehrswacht keine finanziell sichere Grundlage darstellen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Arbeit der Verkehrswacht NRW ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit und zur Vermeidung von Unfalltoten und -verletzten.
- Die durch die Folgen der Corona-Pandemie weggebrochenen Einnahmen der Verkehrswacht bedrohen die wirtschaftliche Existenz der 64 Verkehrswachten in ganz Nordrhein-Westfalen.
- Die Verkehrsunfallprävention in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich und krisenunabhängig auf einer stabilen finanziellen Ausstattung erfolgen. Die Arbeit der

Datum des Originals: 23.06.2020/Ausgegeben: 25.06.2020

Verkehrswachten muss auch in Zeiten der Corona-Pandemie verlässlich fortgeführt werden können. Dazu ist eine sichere Finanzausstattung unerlässlich.

- Eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Verkehrswachten des Landes muss kurzfristig landesseitig und nachhaltig sichergestellt werden, denn kreditierte Krisenhilfen sind ebenso ungeeignet, wie die staatlichen Hilfsprogramme für Unternehmen.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- unverzüglich mit den Verkehrswachten in NRW in Gespräche einzutreten und eine verlässliche bedarfsgerechte und überjährige Finanzierung aus dem Landeshaushalt zu realisieren, damit die unverzichtbare Arbeit der Verkehrsunfallprävention krisenunabhängig für die Menschen in NRW fortgeführt werden kann.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Carsten Löcker

und Fraktion